

Ulrich Brinkmann

## Die DDR und der „Henrietta-Effekt“ (I)\*

„L’Henrietta n’était plus qu’un bâtiment  
rasé comme un ponton.“  
Jules Verne, „*Le tour du monde en 80 jours*“

### Prolog

Jules Vernes berühmter Fortsetzungsroman „In 80 Tagen um die Welt“ bezog und bezieht seinen Charme sicherlich aus einem doppelten Charakter: Einerseits feiert Verne die technischen Errungenschaften seiner Zeit genüsslich ab und setzt ihnen in Person des Phileas Fogg, eines Vertreters „de la mécanique rationnelle“, ein bekanntes Denkmal. Andererseits ironisiert er dessen regelmäßige Missgriffe und Fehleinschätzungen und lässt seinen Diener Passepartout pragmatisch improvisieren. Gegen Ende des Buches steckt der Raddampfer „Henrietta“ samt seiner Reisesgesellschaft bei der Atlantiküberquerung in einer Flaute, und ohne Windunterstützung droht Fogg seine Wette zu verlieren und zu spät nach London zurückzukehren. Kurzenschlossen kauft er das Schiff seinem Eigner und Kapitän ab – und lässt es mitten im Atlantik stückweise auseinanderbauen und soweit es geht verfeuern. Jede Seemeile Fortschritt bedeutete damit einen Verlust an Substanz, aber schlussendlich ist der Versuch vom Erfolg gekrönt: Fogg erreicht Europa rechtzeitig, aber die Henrietta ist von Grund auf verbraucht und verbrannt; sie ähnelt nur noch einer großen Stahlbadewanne mit Heizkessel und Schaufelrädern.

### I Stabilität und Krise

Die DDR, als deutsche Variante des „realexistierenden Sozialismus“ (RES), wurde mit ihrem Zusammenbruch und Verschwinden auf eine quantitativ und qualitativ neue Weise zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. Bis Ende 1989 waren die Möglichkeiten westlicher ForscherInnen zu eigener empirischer Forschung in der DDR naturgemäß inexistent (vgl. Brislinger/Hausstein/Riedel 1998) – man war auf Hörensagen angewiesen, rezipierte nur mit größter Skepsis die empirische Forschung der DDR-KollegInnen und vermutete nicht ohne Grund, dass über den tatsächlichen Zustand jenseits des „eisernen Vorhangs“ am ehesten die Staatssicherheit Bescheid wissen könnte.<sup>1</sup>

Wesentliche Teile der westdeutschen DDR-Forschung betonten demnach nicht zu Unrecht den geringen Kenntnisstand etwa über die ökonomischen Zustände oder

---

\* Für eine modifizierte Fassung des Textes vgl. Brinkmann/Laßhof (2023): „Der ‚halbe Fordismus‘ der DDR: Einige regulationstheoretische Überlegungen“.

<sup>1</sup> Aus heutiger Sicht erstaunt mitunter dennoch, wie hart und pauschal die DDR-Forschung abqualifiziert wurde – hier scheint über drei Jahrzehnte nach der Wende eine systematische Neubewertung notwendig.

die Einstellungen und Werthaltungen der DDR-Bevölkerung und bezweifelten noch Mitte der 80er Jahre aufgrund der politischen und strategischen Lage der DDR, dass es auf absehbare Zukunft zu grundlegenden Veränderungen kommen könnte: „Die politisch und militärstrategisch exponierte Lage der DDR und die sichtbare Militärpräsenz der Sowjetunion sind für die DDR-Bevölkerung ein deutlicher Beweis für die begrenzten politischen Handlungsspielräume.“ (Zimmermann 1984: 75).

V. Beyme spricht deshalb mit Blick auf den unerwarteten Zusammenbruch des RES vom „schwarzen Freitag der Sozialwissenschaft“ (zit. n. Müller 1995: 2) und weist an anderer Stelle auch auf die politische Dimension hin: „Es bleibt ein Paradoxon der vergangenen Fehlprognosen, dass linke Sympathisanten wie konservative Gegner des realen Sozialismus zum gleichen Ergebnis, nämlich Stabilität, kommen konnten. Unterschiedlich war nur die Bewertung“ (Beyme 1994: 31).

Ab 1990 gewannen dann insbesondere modernisierungstheoretische Ansätze in den sozialwissenschaftlichen Interpretationen der DDR die Oberhand, speziell Wolfgang Zapf vom WZB (z. B. 1990, 1991) wurde stark rezipiert.<sup>2</sup> Die zeitgenössischen Entwicklungen in der Transformation vom Sozialismus zum Kapitalismus wurden ab 1991 in groß dimensionierten Projekten, etwa in der „Kommission für die Erforschung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)“, aber auch in weiteren Programmen staatlicher Stellen und Stiftungen erforscht; auch die DDR-Geschichte als Variante der Zeitgeschichte erlebte geradezu einen Boom in der Dekade nach 1990. Retrospektiv konstatiert Kollmorgen (2011a/b) zunächst ein „explosionsartiges Anschwellen“, dann nach wenigen Jahren ein „implosionsartiges Schrumpfen“ und eine „quantitative Marginalisierung“ seit der Jahrtausendwende.<sup>3</sup>

Zu den spannendsten Debatten der Jahre ab 1985 zählte fraglos das Revival älterer Diskussionstränge über den Zusammenhang von Plan und Markt (vgl. Brus/Laski 1990), die „economics of shortage“ (Kornai 1980) oder über die grundsätzliche Funktionsfähigkeit von zentraler Wirtschaftsplanung, etwa zwischen Mises (1932) und Lange (1964). Die frühere Kritik osteuropäischer (vgl. Brus 1971; Djilas 1957; Kosta 1984; Liberman 1974) und ostdeutscher AutorInnen (vgl. etwa Bahro 1977) erfuhren in dieser Zeit erneute Aufmerksamkeit. Dies gilt insbesondere auch für die sowjetische Literatur zu Glasnost und Perestrojka, die ab Ende der 1980er Jahre systematisch auf Deutsch erschien (vgl. etwa Aganbegjan 1989; Gorbatschow 1989; Saslawskaja 1989). Und schließlich wurden auch totalitarismus- und konvergenztheoretische Ansätze nochmals auf den Prüfstand gestellt.

Den Sozialwissenschaften war offensichtlich daran gelegen, die Scharte des „schwarzen Freitags“ auszuwetzen. Eine Reihe von Veröffentlichungen widme-

<sup>2</sup> Die Perspektive eines Modernisierungsrückstandes der RES deutet sich auch in sprachlichen Formen an. So waren in der ostdeutschen Transformation bspw. die mehrjährigen Berichte der Forschungsinstitute an die Bundesregierung „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland“ (vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1991, H.d.V.) betitelt.

<sup>3</sup> Verwiesen sei außerdem auf einige konzise Analysen desselben Autors zu Theoretisierungsansätzen des damaligen Transformationsgeschehens (Kollmorgen 2007, 2011a/b).

ten sich nun (nach dem Ende der Systemkonkurrenz und vor dem Hintergrund besserer und zugänglicher Datenlagen) der Krise der späten DDR und stellten Überlegungen zu ihrem Untergang an. So etwa Joas/Kohli (1993: 12–18), die zwischen endogenen und exogenen Erklärungsvarianten für den Zusammenbruch unterscheiden und insgesamt sieben Typen aufzeigen:

1. Die psychischen Dispositionen der DDR-Bevölkerung als Determinante für den Untergang,
2. ein Legitimitätsverfall des Regimes in den Augen der Bevölkerung,
3. die Dynamik der ostdeutschen Protestbewegung,
4. Defizite in der politischen Organisation von Gesellschaft und Staat der DDR,
5. ökonomische Erklärungsvarianten,
6. ein Schema globaler Evolution – „nachholende Modernisierung“ – und
7. externe Erklärungsvarianten.

Der Rückblick auf das Verschwinden einer Gesellschaftsform/Formation legt allerdings nahe, den *Zusammenhang ihrer Stabilität und Krise* anhand ausgewählter Felder genauer zu inspizieren. In der „Catch-up-Phase“ seit den 50ern bis in die 70er Jahre etwa konnten vergleichsweise hohe ökonomische Wachstumsraten erzielt werden (vgl. etwa Maier 1997: 81; Brus/Laski 1990: Teil II), bei denen allerdings ihre niedrige Ausgangsbasis berücksichtigt werden muss; hier spielten zentralisierte politische Entscheidungsmöglichkeiten sicherlich eine wichtige Rolle, während diese im späteren Verlauf Blockaden erzeugten und Ausdifferenzierungen verhinderten. Bottom-up-Partizipation ist – so ein gemeinhin geteiltes Ergebnis der Rückschau – nicht nur ein demokratisch selbstverständliches Postulat, sondern ohne Frage auch eine Kreativitätsressource und Korrekturchance, auf die eine fortschrittliche Formation nicht verzichten kann. Dies war den politisch Verantwortlichen der DDR vermutlich schon früh bewusst – anders lassen sich die vielen ökonomisch-strategischen Dezentralisierungsversuche in den 40 Jahren DDR, und auch schon zuvor in der Sowjetunion, kaum erklären. Auch auf der betrieblichen Ebene war es kein Geheimnis, dass es oftmals die dezentralen, *informellen* Wege waren, über die prozessuale Verbesserungen durchgesetzt, Materialflüsse organisiert und damit die Gesamtproduktion aufrechterhalten werden konnten (vgl. Aderhold 1994). In seiner 1988 in der DDR erschienen Reportage „Der Erste“ zitiert Scherzer (1997: 69 f.) einen Beschäftigten einer Glashütte, der sich darüber beschwert, dass über Jahre keine technologischen Neuerungen die Produktion erleichtern:

*„Vor zwanzig Jahren haben wir alle Flaschen auch noch mit dem Mund geblasen, dann erhielten wir zwei gebrauchte Maschinen aus der BRD, damit hatten sie dort Teegläser hergestellt. Diese Maschinen könnten noch schneller laufen, aber wir können mit unseren Händen nun nicht mehr schneller, bei 1000 Thermogläsern haben wir schon die Schallmauer durchbrochen. Zehn Jahre immer dieselben Handgriffe, erst 600 Kannengläser, dann 650, dann 700... Denn wir wollten mehr verdienen von Jahr zu Jahr. Und um nicht langsamer zu werden, tauschten wir acht in einer Gruppe nie die Arbeitsplätze. Jeder spezialisierte sich auf seine Bewegung. Aber das macht die Arme kaputt und die Gelenke. Ich habe vor 15 Jah-*

*ren schon vorgeschlagen, so wie das nun im nächsten Jahr geplant ist, durch einen Speicher auf der Bühne, die Arbeit zu erleichtern, aber ich habe nie eine Antwort erhalten, nicht mal die 30 Mark Prämie. Das geht Dir als Arbeiter dann jahrelang nicht aus der Platte – genau wie der Transport unserer 0,5 Millimeter dünnen Thermosgläser von einem Kombinatbetrieb zum anderen. Nutzen bringt es keinen, nur Scherben. Der Parteisekretär sagt: ‚Hast recht, Hermann, aber je mehr Betriebe an der Thermoskanne mitarbeiten, umso höher steigt die IWP im Kombinat.‘ Das soll ein Mensch verstehen.“*

Über einen langen Zeitraum stabilisierend wirkte auch die spezifische Entkopplung der DDR-Wirtschaft vom Weltmarkt und ihre Einbindung in den arbeitsteilig organisierten RGW-Kontext. Die Chance auf verbilligte Rohstoffe etwa aus der Sowjetunion und die gleichzeitige Möglichkeit, subventionierte Massenartikel in den westlichen Fordismus zu exportieren, versetzten die DDR in die Lage, benötigte Devisen zu erwirtschaften. Die in jener Zeit beständig wachsende Staatsverschuldung gibt aber einen Hinweis darauf, dass es sich dabei um keinen nachhaltigen Pfad handelte, der langfristig Stabilität versprach, auch wenn die Finanzlage der DDR 1989 offenbar weit weniger dramatisch ausgeprägt war, als sie lange Zeit diskutiert wurde (vgl. dazu Deutsche Bundesbank 1999).

Solange das Wachstumsmodell eher extensiv-expansiv ausgerichtet war, wirkten auch die erzielten Produktivitätsgewinne sicherlich beruhigend und stabilisierend. Im Übergang jedoch zu einem ansteigenden Digitalisierungsniveau wurde deutlich, dass diese oft weniger auf eigenständigen Innovationen als eher auf Imitationen westlicher Vorbilder basierten. Exemplarisch dazu eine ausführlichere Interviewpassage<sup>4</sup> mit einer früheren Leitungskraft:

*„Im Jahr 1972 wurde der Betrieb als Teil des Robotron-Kombinates gegründet. Als Hauptprodukt stellten wir Computer her, die allerdings nicht selbst entwickelt worden waren, sondern eine Kopie westlicher Computersysteme, insbesondere IBM-Systeme waren. Nicht nur die Computersysteme, sondern die gesamte Fertigungsstätte war eine illegale Kopie, eine sogenannte ‚Chinese-copy‘ einer IBM-Fabrik in Grenoble, die dort 1969 entstanden war. Der Betrieb, der 1985 Stammbetrieb des Kombinats wurde, war vertikal stark integriert, produzierte mit extrem hoher Fertigungstiefe. Zu den Produkten gehörten sowohl Computergehäuse als auch Mikrochips oder Softwareapplikationen für Großrechner. Dieser für den gesamten RGW-Bereich technologische Spitzen- und für die DDR und auch den RGW Vorzeigebetrieb wurde mit erheblichen Mitteln subventioniert. In diesem Sinne ist er ein Selbstbedienungsladen für die Politiker gewesen, die ihr Renommee verbessern wollten, indem sie die bornierten Parolen ausgaben, dass man die westliche Technologie ein- und überholen wolle. In keiner Weise hat sich das Unternehmen selbst getragen, wenn man Marktmaßstäbe zugrunde legt – trotz der umfangreichen FuE-Aktivitäten. Die daran anschließende Produktion zielte da-*

---

<sup>4</sup> Diese und nachfolgende Interviewpassagen entstammen aus einem vom Autor durchgeführten Forschungsprojekt (1994–1997) zur Transformation ostdeutscher Betriebe (vgl. Brinkmann 2002; Windolf/Brinkmann/Kulke 1999).

*rauf, westliche Modelle nachzubauen. Es wurden enorme Ressourcen in die Neuentwicklung von Einzelteilen gesteckt, die es auf dem Weltmarkt bereits billiger gab. Daraus ergab sich eine riesige FuE-Abteilung (direkt und indirekt waren 2000 Personen in diesem Bereich beschäftigt) im Vergleich zu einer eher kleinen eigenen Produktion. Wenn man die gesamte Entwicklung des Betriebes in der DDR überblickt, wurde der Abstand zum Weltmarkt von Jahr zu Jahr immer größer. Der Rückstand hat 1972 erst vier Jahre, zuletzt elf Jahre betragen. Es ist zuletzt auch immer schwieriger geworden, Produkte der Verbots-Liste auf ‚dunklen Kanälen‘ zu beschaffen. Der Hauptgrund für den Rückstand ist darin zu sehen, dass man keine westliche Technologie nutzen durfte. Da nutzte es auch nichts, dass wir als wichtigster Vorzeigebetrieb der DDR noch relativ viele – wenn auch nie ausreichend – Devisen zur Beschaffung von NSW-Material<sup>5</sup> hatten. Insbesondere die Reise-Kader konnten die westlichen Standards begutachten und wussten durchaus, welch großer Rückstand existierte. Das ist auch auf den Messen (CeBit etc.) deutlich geworden, wenn wir mit unseren Produkten belächelt worden sind.“ (13gl)*

Die Erosion des Eindrucks stabiler Entwicklung war offenbar schon im letzten DDR-Jahrzehnt fortgeschritten, es kursierten Witze, wie die eigenen Chips seien „einfach nicht kleinzukriegen“ (Wüpper 2000: 9), die auf eine wachsende Desillusionierung hinweisen. Auch die oftmals situativen politischen Vorgaben für die betrieblichen Einheiten trugen hierzu bei. Diese wurden ihrerseits mit taktischen Ausweichmanövern beantwortet: Ein typisches Beispiel für die bounded rationality dieses Vorgehens war die 1983 an die Kombinate ausgegebene Devise, ein Drittel der Erzeugnispalette zu erneuern. Diese reagierten unter anderem damit, bestehende Produkte minimal zu variieren.

Gut ablesen lässt sich die schleichende Destabilisierung am Beispiel der Ökologie-Problematik in einer Industrialisierungsvariante, die, mit Hobsbawm gesprochen, „besonders blind gegenüber den ökologischen Folgen [ist; d.A.], die aus den riesigen Konstruktionen ihres noch ziemlich archaischen, auf Eisen und Rauch beruhenden Industriesystems entstanden“ (1995: 329 f.). Gegen die sichtbare fortschreitende Zerstörung der Umwelt regte sich wachsender Widerstand, der in den offiziell anerkannten politischen Prozessen allerdings keinen Widerhall fand. In der Folge gehörten die Umweltbewegungen zu den stärksten oppositionellen Kräften in der späten DDR.

Bis in die 1960er Jahre war die DDR zudem durch ein Phänomen gekennzeichnet, das in seiner integrierenden Kraft nicht unterschätzt werden sollte: Der politisch gestützte soziale Aufstieg von bis dato unterprivilegierten Klassen. Das erklärte Ziel, Aufstieg durch materielle Förderung und Bildung bislang strukturell benachteiligten Gruppen zu ermöglichen, wurde etwa von Hermann Kant in seinem Roman „Die Aula“ beschrieben – durchaus auch mit den Problemen, die politisch gesteuerte Inklusions-/Exklusionsstrategien nach sich ziehen können. In der Nachwendezeit konnten die MPI-ForscherInnen um Mayer nachweisen, dass in der späten DDR nur noch eine geringe (berufliche) Mobilität ermöglicht

---

<sup>5</sup> Material aus dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“.

wurde. Sie richten damit den Blick auf eine endogene Erklärungsvariante, die Schließungstendenzen<sup>6</sup> (vgl. Huinink/Solga 1994; Mayer/Solga 1994): während es in der frühen DDR eine stabilisierende Herrschaftsfestigung durch Mobilitätermöglichkeit gab (die älteste Kohorte der MPI-Studien von 1929 bis 1931 ist eine „Aufstiegsgeneration“), erodierte diese in den 80er Jahren.

Ein besonderer Aspekt von sozioökonomischer Entdifferenzierung war die für alle Beteiligten erfahrbare Erzeugung von Kohäsion über die Vermischung von Lebenswelt und Betrieb (vgl. Haenschke/Hartwig/Heyse 1995; Lutz 1995; Rosler 1994), die fast durchweg positiv eingeschätzt und bejaht wurde. Dazu zwei Äußerungen einer früheren Führungskraft und eines Betriebsrats (zum Interviewzeitpunkt 1995):

*„Das Betriebsklima vor der Wende ist hervorragend gewesen, da niemand irgendeinem Druck ausgesetzt war. Das war hier wie in einem Freizeitpark. Ich kann das nicht anders bezeichnen. Schon die Sozialleistungen waren außerordentlich gewesen. Es hat eben keine ausgeprägten Statuspositionen in der betrieblichen Hierarchie gegeben: Auch der Betriebsleiter musste sich duzen lassen. Handschlag und Schulterklopfen waren damals angesagt, das war eine sozialistische Gepflogenheit.“ (19gl)*

*„Die Arbeitszufriedenheit hing stark mit dem gesamten Gefüge zusammen. Der sozialistische Wettbewerb war der große Schlager. In den ‚sozialistischen Brigaden‘ wurden das kameradschaftliche und gemeinsame Arbeiten gefördert und gepflegt. Abhängig von der Zusammensetzung der einzelnen Arbeitskollektive gab es große Gemeinsamkeiten. Viele Brigaden haben auch in der Freizeit Aktivitäten wie Familienfeste durchgeführt. Die staatlichen Vorgaben menschlich ausgestaltet, sodass sie jedem etwas boten. Es war eine warme, kameradschaftliche Atmosphäre. Statt eines Konkurrenzdenkens gab es untereinander eine gegenseitige Hilfe, Akzeptanz und Anerkennung. Das Menschliche war damals gewünscht und wurde auch praktiziert. In einer Brigade arbeiteten 35–40 Leute (Gewerbliche, Meister, Vorarbeiter, Technologen, Angestellte), die gemeinsam mit ihren Familien ‚Fahrten ins Blaue‘ unternahmen. Das hat das Zusammengehörigkeitsgefühl entscheidend geprägt.“ (4br)*

Was sie offensichtlich auf der einen Seite beförderte, stellte andererseits auch eine Gefahr für die gesamtbetriebliche Stabilität dar, denn nicht selten – etwa im Kontext der ritualisierten Planungsverfahrensabläufe – stifteten diese Übereinkünfte eine „Gemeinsamkeit gegen ‚oben““ (Lang 1992: 26). Für die Betriebs- und Parteileitungen trugen sie damit immer auch schon im Kern eine Bedrohung in sich.

Wie alle Formationen waren auch der RES und damit auch die DDR mit dem Problem konfrontiert, „die ideologische Einheit in dem gesamten sozialen Block zu bewahren, der gerade durch diese bestimmte Ideologie zementiert und vereinigt wird“ (Gramsci 1991 ff.: hier Heft 11, § 12). Dies gelang keineswegs nur über Repression und Zwang, sondern etwa auch über die Instrumentalisierung

---

<sup>6</sup> Schon zu DDR-Zeiten gab es dazu Überlegungen (vgl. dazu die Ausführungen von Meier 1997).

internationaler Anerkennung oder sportlicher bzw. kultureller Erfolge – auch hier finden sich viele Ähnlichkeiten zwischen Ost und West. Mit ihrer Teilnahme an den Olympischen Spielen seit Anfang der 50er Jahre stieg die Sowjetunion auch auf dem Gebiet des Sportes in einen Systemvergleich ein, nachdem sie mit den Spartakiaden zunächst eigene Alternativveranstaltungen nicht-kommerziellen Charakters durchgeführt hatte. Insbesondere die Wettkämpfe mit den USA sollten dabei stets Wirkungen nach außen *und innen* entfalten, wofür sich viele Beispiele anführen lassen: Die alljährlichen Leichtathletik-Länderwettbewerbe ebenso wie die berühmten Schachauseinandersetzungen zwischen Fischer und Spassky in Island und andernorts: „Vor Reykjavik erhielt er [Spassky; d.A.] zahllose Briefe von sowjetischen Bürgern, die ihn an seine patriotische Pflicht erinnerten, den imperialistischen Amerikaner zurückzuschlagen, der in die sowjetische Schachzitadelle eindrang.“ (Edmonds/Eidinow 2004: 50; Übers. d.A.), während daraus gleichzeitig im Westen ein mediales Großereignis kreierte wurde: „Die BBC-Redakteure waren zunächst unschlüssig, ob das Spiel einen eigenen Sendeplatz rechtfertigte. Der Produzent, Bob Toner, erinnerte sich: ‚Was es als Nachrichtenstory verkaufte, war der Kalte Krieg. Die einzelne US-Figur, die gegen die sowjetische Schachmaschine antrat.‘“ (ebd.: 200; Übers. d.A.).

Ähnliches kann man für das Verhältnis der DDR zur BRD nahelegen. Beide Staaten traten erst seit 1968 – nach Aufgabe der Hallstein-Doktrin (vgl. Kilian 2001; Seitz 2000) – mit jeweils eigenen Teams bei Olympischen Spielen an. Die internationalen sportlichen Erfolge der DDR bei diesen oder auch in anderen Disziplinen wurden (etwa der 1:0 Sieg der DDR-Equipe gegen die BRD bei der Fußball-WM '74) stets auch zur identitätsstiftenden Integration nach innen genutzt. Ob diese Anrufungen jemals besonders erfolgreich waren, ist kaum nachträglich einschätzbar – sie haben aber gegen Ende der DDR offenbar an Überzeugungskraft verloren, dazu mehr unten.

Eine besondere Bedeutung für das (Fort-)Bestehen der DDR – darin sind sich fast alle AutorInnen einig – hatte das Zwangselement im Zusammenspiel von Konsens und Zwang. Ob man in der Logik von Gramscis Ansatz „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (1991 ff.: H. 6, § 155: 824; § 88: 783) mit Blick auf die DDR überhaupt von einer Hegemonie sprechen kann, bedarf einer ausführlicheren Debatte, als sie hier geleistet werden kann. Gewiss aber gab es die stabilisierenden, konsensstiftenden Momente (vgl. oben) in unterschiedlichen Feldern und zu verschiedenen Zeiten, dennoch könnte aufs Ganze gesehen die Herrschaftskategorie treffender als die Hegemoniekategorie sein.

Als überdeterminierenden Faktor der Herrschaftserhaltung kann man daher auch eine „repressive Klammer“<sup>7</sup> identifizieren, die sowohl die Einbindung der DDR in das Gesamtsystem Warschauer Vertrag/RGW (über die Breschnew-Doktrin) als auch den Gesamtzusammenhalt nach innen sicherstellte. „Politische Repression war und blieb auch ein permanent präsender ‚Hintergrund-Faktor‘ (...)“

---

<sup>7</sup> Eine „Klammer“ des Zwangs im Unterschied zur Konsens-/Ideologie-Kategorie, die in Gramscis Ansatz die Funktion des „Zements“ eines hegemonialen historischen Blocks einnimmt.

(Adler 1992: 50). Diese repressive Klammer äußerte sich u. a. in direkter Unterdrückung in Betrieb und Zivilgesellschaft über den Mauerbau oder über die repressiven Staatsapparate der Staatssicherheit. Sie konnte auch subtilere Formen, etwa ökonomischer Druckausübung oder kultureller Knebelung annehmen. Auch dafür lassen sich viele Fallbeispiele nennen. Mit Blick auf populäre Musik etwa waren die politischen Akteure mit Widersprüchen konfrontiert: Einerseits konnten sie die Orientierung „der Jugend“ auch an westlichen KünstlerInnen nicht ausblenden, andererseits aber wollten sie die vermuteten transportierten Haltungen oftmals nicht billigen. Die Schriftstellerin Brigitte Reimann lässt einen ihrer jugendlichen Protagonisten über Verbote von Jazz-Aufführungen nachdenken: „Er kennt schon alle Variationen über das Thema Wir-haben-es-nicht-nötig-nach-der-westlichen-Pfeife-zu-tanzen, und er langweilte sich, und wie ich ihn kenne, langweilte er sich so vernehmlich, dass es im Protokoll heißen wird: Er legte ein provokatorisches Verhalten an den Tag. (...) Ich versuche mich in die Situation von Leuten zu denken, die glauben oder zu glauben vorgeben, dass Charlie Parker ein Agent des Weltimperialismus ist“ (Reimann 1999: 62). Auf ähnliche Ambivalenzen stößt man in vielen kulturellen Feldern und in unterschiedlicher Ausprägung über die gesamte DDR-Geschichte<sup>8</sup>, so auch in der Auseinandersetzung über die Deutung des Brechtschen Theaters nach dessen Tod (vgl. Dahlke/Langermann 2000). Die Präntention – so Habermas (1993: 51) –, „das bessere kulturelle Deutschland zu repräsentieren, hatte hohle Stellen: kein Freud, kein Kafka, kein Wittgenstein, kein Nietzsche“. Je weniger Zustimmung zur Gesamtformation generiert werden konnte, umso wichtiger wurde die Funktion der Repression für ihren Fortbestand. Heiner Müller weist in seinem autobiographischen Rückblick auf einen weitergehenden Schritt hin und je weniger die repressive Klammer eingesetzt wurde/werden konnte, umso deutlicher schien das gesamte Staatsgebilde vor dem Kollaps zu stehen: „Das Manuskript hatte sogar bei Honecker auf dem Tisch gelegen, niemand wollte mehr entscheiden“ (Müller 1994: 349 f.). Er hatte erwartet, dass ein kritischer Text von den Behörden nicht genehmigt und damit zur Veröffentlichung nicht freigegeben würde. Dann aber erhielt er den Text ohne Kommentare zurück: „Das war Ende 1987, und da wußte ich: Es ist zu Ende. Wenn sie nicht mehr verbieten können, ist es aus.“

## II Die DDR, eine Art Fordismus?

Nach der russischen Oktoberrevolution und dem Ende des „Kriegskommunismus“ standen die BolschewistInnen vor der Frage, wie sie das Wirtschaftssystem planvoll gestalten sollten. Im folgenden Jahrzehnt gab es im Anschluss an innerparteiliche Kontroversen (vgl. z. B. Schuler-Jung 1978) in der kommunistischen Partei Russlands eine Hinwendung zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), die, neben einer Reprivatisierung kleinerer Betriebe und der Freigabe des

---

<sup>8</sup> Exemplarisch sei an das 11. Plenum des Zentralkomitees der SED vom Dezember 1965 erinnert, das als „Kahlschlag-Plenum“ (vgl. etwa Kaiser 1997; Schittly 2002) in die Geschichte einging und auf dem Entscheidungen zum Verbot von Beat-Musik, Literatur (Heiner Müller, Stefan Heym) oder Filmen (Kurt Maetzig) getroffen wurden.

lokalen und später auch überregionalen Handels, vor allem eine starke Orientierung auf die sog. Abteilung I, also die Gewinnung von Rohstoffen und Fertigung von Investitions- oder Produktionsmitteln nach sich zog. Konzeptionell war dies von Lenin so formuliert worden: „Die Hebung der Arbeitsproduktivität erfordert vor allem die Sicherung der materiellen Grundlage der Großindustrie: die Entwicklung der Produktion von Brennstoffen und Eisen, des Maschinenbaus, der chemischen Industrie“ (1966: 752).<sup>9</sup> Nach Abschluss der Rapallo-Verträge waren eine Reihe ausländischer InvestorInnen, Management- und TechnikexpertInnen, aber auch ArchitektInnen am (Wieder-)Aufbau der russischen Wirtschaft beteiligt und ermöglichten seit Beginn der 20er Jahre auf diese Weise einen intensiven Wissens- und Technologietransfer (vgl. Sutton 1968: insb. Kap. 21 und 22).

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Rückständigkeit Russlands favorisierte Lenin die Übernahme des „Taylorsystems“: „Das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht, das Taylorsystem, vereinigt in sich – wie alle Fortschritte des Kapitalismus – die raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe wertvollster wissenschaftlicher Errungenschaften in der Analyse der mechanischen Bewegungen bei der Arbeit, der Ausschaltung überflüssiger und ungeschickter Bewegungen, der Ausarbeitung der richtigen Arbeitsmethoden, der Einführung der besten Systeme der Rechnungsführung und Kontrolle usw. Die Sowjetrepublik muß um jeden Preis alles Wertvolle übernehmen, was Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiet errungen haben. Die Realisierbarkeit des Sozialismus hängt ab eben von unseren Erfolgen bei der Verbindung der Sowjetmacht und der sowjetischen Verwaltungsorganisation mit dem neuesten Fortschritt des Kapitalismus. Man muß in Rußland das Studium des Taylorsystems, die Unterweisung darin, seine systematische Erprobung und Auswertung in Angriff nehmen.“ (753 f.)<sup>10</sup>

Trotz seiner Kritik an der „raffinierten Bestialität“ herrscht bei Lenin eine Wertschätzung des mit der Verbesserung der Produktionstechnologie verbundenen Effizienz steigernden Fortschritts vor.<sup>11</sup> Hughes (1991: Kap. 6) weist auf weitere mögliche Motive in Lenins Denken hin: Zunächst greift die tayloristische Produktionsweise vor allem auf Arbeitskräfte zurück, bei denen kein hohes Qualifikationspotential vorherrschen muss, bei Ford ging deshalb die Rede vom „Farmboy“, der im Ford-System die Maschinen bedienen können musste (Hounshell 1984: 221). Genau dies traf auf die bäuerlich geprägte russische Bevölkerung zu (vgl. Hofmann 1956: Kapitel I u. II), die nun potenziell für die Arbeit in einer taylorisierten Industrie, dem „Paradies der Ungelernten“, wie der Ökonom Gottl-Ottlilienfeld (1926: 11) ZeitgenossInnen zitiert, zur Verfügung stand. Außerdem faszinierte Lenin die vergleichsweise kurze Einführungszeit

<sup>9</sup> Erst nach 1927 fand eine ansatzweise Umorientierung auf die Produktion von Konsumgütern statt.

<sup>10</sup> Lenin zufolge sollte dies allerdings nur für eine Übergangsphase gelten (vgl. Altvater 1991: 18).

<sup>11</sup> Es sei dahingestellt, ob Lenin damit letztlich auch ein Opfer des „Effizienz-Fiebers“ (Kieser) wurde, das sich seit Ende des 19. Jahrhunderts ausbreitete (vgl. Deutschmann 2001). Lenin unterscheidet sich hier auch von Gramsci, der einige Jahre später eine durchaus kritischere Sicht auf den Amerikanismus-Fordismus als makrosoziales Modell vertrat (vgl. Rodriguez-Lores 1995).

des Produktionsmodells (vgl. hierzu Boyer/Durand 1997), und schließlich ermöglichte die nach Taylor notwendige zentrale Überwachung der Arbeitsplätze auch ein rechtzeitiges Erkennen von Sabotage.<sup>12</sup> Merkle (1980: 106; Übers. d.A.) skizziert Lenins Verhältnis zur Lektüre von Taylors Schriften als ein widersprüchliches: „Lenin traute den Motiven der kapitalistischen Autoren nicht, aber sein Glaube an wissenschaftliche Daten scheint ihn dazu veranlasst zu haben, Taylors Ergebnissen, wenn nicht gar seinen erklärten Absichten zu glauben.“

Vor allem über ihren Fortschrittsglauben vermittelt gab es also bereits frühe affirmative Bezugnahmen bei verantwortlichen AkteurInnen (auch bei Trotzki und anderen BolschewistInnen) auf den Taylorismus. Aber nicht nur Taylors, sondern auch Fords Konzepte hatten in Russland/in der Sowjetunion einen hohen Verbreitungsgrad (vgl. Murray 1990: 94).<sup>13</sup> Dies ging so weit, dass die von Ford bzw. seinem Ghostwriter Crowther verfassten autobiographischen Schriften auf Lenins Geheiß als Fortsetzungskolumne in der *Prawda* abgedruckt und Einladungen an Ford-Manager zur Unterweisung sowjetischer Führungskräfte ausgesprochen wurden (vgl. Watts 2005). „In der Praxis“, so Braverman (1975: 12, Übers. d.A.), „ahmte die sowjetische Industrialisierung das kapitalistische Modell nach; und als die Industrialisierung fortschritt, verlor die Struktur ihren provisorischen Charakter und die Sowjetunion pendelte sich auf eine Organisation der Arbeit ein, die sich nur in Details von der der kapitalistischen Länder unterscheidet, so dass die sowjetische Arbeiterschaft alle Stigmata der westlichen Arbeiterklassen trug.“

Zu diesen Stigmata gehörten zweifellos die entfremdeten fordistischen Arbeitsbedingungen. Kisch (1995: 180) beschrieb diese vor einem Jahrhundert in seinem Reisebericht zu den Ford-Fabriken: „Tag und nach rollt das Band, an das Menschen geflochten sind“. Und mit der (Teil-)Kopie der entscheidenden Grundlage des Fordismus, der ‚intensiven‘, auf tayloristischen (Arbeitsorganisations-)Prinzipien und Massenproduktion gestützten Akkumulationsstrategie (vgl. u. a. Aglietta 1976, 1978; Boyer/Durand 1997; Boyer 1990), handelte man sich auch entmündigende betriebliche Hierarchien und Abläufe ein. Wenn dennoch von einer vergleichsweise starken Position der Beschäftigten in den Volkseigenen Betrieben der DDR die Rede sein kann, so rührte sie nicht aus der Praxis demokratischer Beteiligungsrechte, sondern aus der viel diskutierten „passiven Stärke“ (Voskamp/Wittke 1991) her, die als ein Ventil fungierte. Ihre Quelle war die starke arbeitsrechtliche Stellung der Beschäftigten im Arbeiter- und Bauernstaat, welche durch die starke Rolle von Partei- und Gewerkschafts-

---

<sup>12</sup> Entgegen des Taylorschen Versprechens zeigen Hirsch/Roth (1986), dass gerade die typischen Folgeerscheinungen des Taylorsystems (Arbeitsintensivierung, Dequalifikation, Monotonie, Entfremdung) den informellen Widerstand unter den Beschäftigten in der BRD schürten, die schließlich ihren Teil zur Krise des westdeutschen Fordismus beitrugen.

<sup>13</sup> Die Anerkennung Fords in der frühen Sowjetunion stieß allerdings auf wenig Gegenliebe: „Die Natur hat gegen die gesamte Sowjetrepublik ihr Veto eingelegt, weil diese die Natur zu verneinen suchte. (...) Das ist Sklaverei. (...) Die Fanatiker schwatzten das Volk in die Hungersnot hinein“ (Ford 1923: 4 f.).

organisationen im Betrieb abgesichert war, die neben der Geschäftsführung eigenständig agierten. Ein früherer Abteilungsleiter in einem volkseigenen Chemiebetrieb äußerte sich dazu lakonisch in einem Interview:

*„Da konnte man übrigens anstellen, was man wollte: entlassen wurde niemand.“ (21gl)*

Ein früherer Gewerkschafter, späterer (nach 1990) Geschäftsführer einer Eisen gießerei, setzt den fehlenden Leistungsdruck in Beziehung zur betrieblichen Hierarchie:

*„Selbst wenn man Mist gebaut hat, konnte einem nichts passieren, da man von der Rechtsprechung und der Gewerkschaft eine entsprechende Unterstützung hatte. Außerdem hat es kaum Leistungsdruck gegeben und ein sehr lockeres Pausenregime, d. h. man hat nicht unbedingt die Zeiten überzogen, aber die Pausen mit Gesprächen und Geselligkeit viel intensiver genutzt.“ (19gl)*

Über die Vermischung von Lebenswelt und Betrieb fand eine für die Beteiligten erfahrbare Erzeugung von Kohäsion statt (vgl. Haenschke/Hartwig/Heyse 1995; Lutz 1995; Roesler 1994: 54 f.). Fritze (1993: 204) fasst dieses Phänomen zusammen: „Dieses Gesellschaftssystem (...) war aber auch gekennzeichnet durch eine merkwürdige Unangreifbarkeit des einzelnen Werk tätigen, die einen Vorgesetzten oder eine Betriebsleitung teilweise erpressbar und häufig handlungs unfähig machte“.

Die Organisation der Arbeit wurde weitgehend im Rahmen des Brigadeprinzips realisiert. Dazu wurden Kollektive von 10 bis 20 Beschäftigten nach unterschiedlichen Kriterien (gemischtes Alter, unterschiedliche Qualifikationen) von den Vorgesetzten zusammengestellt, die oftmals einen starken Binnenzusammenhalt u. a. im Widerstand entwickelten.

*„Die Brigaden waren teilweise so festgefügt, dass sie schon wieder die Produktivität behinderten. So weigerten sie sich z. B. flexibel auf Anforderungen zu reagieren, wenn das ihren alten Rhythmus durchbrach. Im Bauwesen konnte es so z. B. vorkommen, dass man an einer Baustelle nur einen Teil einer Brigade benötigte und den Rest außer der Reihe woanders einsetzen wollte. Es konnte sein, dass man dies nur gegen großen Widerstand durchsetzen konnte. Die sagten: ‚Wir lassen uns nicht auseinanderreißen!‘ Und manchmal mussten wir uns dann Alternativlösungen einfallen lassen, d. h. die Brigade setzte sich durch.“ (33gl)*

Diese weitgehende Dispositionsmacht der Brigaden setzte den damaligen Führungskräften (wie dem oben zitierten) und den für die Arbeitsorganisation zuständigen Akteuren deutliche Grenzen, kanalisierte aber auch den Einfluss der Beschäftigten eher in Richtung einer (Drohung mit) Blockade als einer Mitgestaltung der organisationalen Abläufe. Ihr (informeller) Widerstand verweist auf die Kluft zwischen der (teil-)kopierten Akkumulationsstrategie und den politisch-institutionellen sowie hegemonialen Strukturen (vgl. zu den Erschütterungen in der BRD Hirsch/Roth 1986: 49; Hirsch 1990). Effektive demokratische Beteiligung über kampfstärke (jedoch im keynesianischen Korporatismus eingeehgte) Massengewerkschaften oder institutionalisierte Formen der Mitbe-

stimmung zählen als Konsens-Elemente zur tragenden Regulationsweise der fordistischen Nachkriegsformation im kapitalistischen Westen (vgl. Hirsch/Roth 1986: 64 ff.). Sie entfielen in den RES-Staaten weitgehend.

Auch andere Komponenten der Regulationsweise, wie die Beteiligung am Massenkonsum, konnten wenig integrative und konsensstiftende Wirkung entfalten, denn im „televisionären Systemvergleich“ (Altvater) zog die DDR im Vergleich zur BRD deutlich den Kürzeren. Unter diesen Umständen schlägt die sonst über Zwang und Konsens vermittelte „psycho-physische Anpassung an die industriellen Strukturen“ (Gramsci, 1991 ff.: H. 22, § 2: 2069) fehl. So wurde unübersehbar, „dass große Teile der Bevölkerung – vor allem auch in der Arbeiterklasse – mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen sowie mit dem herrschenden kommunistischen Regime höchst unzufrieden waren“ (Deppe 2021: 175).

Selbst die Adaption weiterer Teile der westlichen Akkumulationsstrategie durch das Umschwenken auf eine Stärkung der Produktion von Massenkonsumgütern (Abteilung II) mit dem Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (beschlossen auf dem VIII. Parteitag der SED, Juni 1971) änderte daran nicht viel. Im Gegenteil: Die Maßnahmen entzogen anderen gesellschaftlichen Bereichen wichtige Ressourcen und wirkten im Laufe der Entwicklung fast schon erratisch. In der Rückschau ist die Ironisierung nicht zu überlesen:

*„Jeder Betrieb musste ja dann ein Konsumgut herstellen – unabhängig davon, ob dies sinnvoll war oder nicht. Im Kombinat Schwarze Pumpe rannten dann ein paar Leute herum, die mit einem Schraubenzieher seltsame Camping-Gestelle zusammenschraubten. Das nahm solch absurde Ausmaße an, die hinter vorgehaltener Hand von den betrieblichen Praktikern mit Hohn und Spott übergossen wurden.“ (st1)*

Die Integration sozialer Aufgaben in betriebliche Abläufe spielte beim Regulationsversuch, ein über Konsum abgestütztes konsensstiftendes Projekt aufzubauen, eine zentrale Rolle; als Ver- und Zuteilungsinstanz für die Kultur- und Sozialfonds und für Aufenthaltsplätze in (betrieblichen) Ferienanlagen waren die Gewerkschaften einflussreiche Akteure. Auch wenn sie im Systemvergleich eher defizitär erschienen, ist die Funktion dieser Elemente des Wohlfahrtsstaats von vielen AutorInnen durchaus als systemstabilisierend interpretiert worden (vgl. etwa Brie 1996; Pollack 1990; Wiesenthal 1996).<sup>14</sup> Meyer greift ebenfalls in seiner Analyse der politischen Eliten der DDR auf das Konzept des „Sozialistischen Paternalismus“ zurück, um aufzuzeigen, „wie dieses eine Herrschaftsmuster zur relativen Stabilität, aber auch zu erheblichen Widersprüchen des politisch-sozialen Systems der DDR seit Anfang der siebziger Jahre beitrug“ (1991: 328, H.i.O.; ein ähnliches Paternalismuskonzept hinsichtlich der RES entwickelt Walder 1988).

Altvater (1991: 42–48) hat das Zusammenspiel von Analogien und Differenzen der beiden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen in Ost- und Westdeutschland zu der Überlegung veranlasst, dass es sich bei der DDR um einen „halben

<sup>14</sup> Lepsius (zit. n. Mayer 1994: Fn 1) geht sogar so weit zu behaupten, dass die DDR der erste Wohlfahrtsstaat gewesen sei, der an seinen sozialen Leistungen zugrunde ging.

Fordismus“ handele, dem es in der „Catch-up-Phase“ gelang, hohe Wachstumsraten im Bereich der Produktionsmittel zu erzielen, während gleichzeitig die Industrien der Massenkonsumgüterherstellung unterschätzt und unterentwickelt blieben.<sup>15</sup> Der daraus resultierende „Dauer minderwertigkeitskomplex“ (Altvater) – so könnte man exemplarisch festhalten – wurde also hervorgerufen durch die Konfrontation von Fords Maxime „Everybody can afford a Ford“ und dem mühsamen Unterfangen, in der DDR ein Automobil zu erwerben.

Massenkonsum als regulatives Standbein einer stabilen Formation konnte also – insbesondere im Vergleich zum westlichen Pendant – im halben Fordismus der DDR nicht oder nur unzureichend realisiert werden. Einige AutorInnen sehen darin nicht nur eine Schwäche der Formation, sondern einen entscheidenden Grund für ihren Untergang (vgl. Meuschel 1992). Kädtler/Kottwitz (1994) prägten dazu sogar den Term „Konsumentenrevolution“ von 1989.

Insbesondere in der Hochphase der rückblickenden Beschäftigung mit der DDR gibt es vereinzelte Ansätze, den RES auch in regulationstheoretischen Kategorien zu deuten. Gelegentlich beschränken sie sich eher auf Stichworte wie bei Maier: „Jedes System sah sich mit steigenden Energiekosten konfrontiert; jedes System stieß an die Grenzen der groß angelegten ‚Fordistischen‘ Massenproduktion; jedes System sah sich gezwungen, mehr Mittel für die Befriedigung der Nachfrage nach Arbeitskräften aufzuwenden, entweder in Form von Direktlöhnen oder in Form von Sozialleistungen.“ (1997: 81; d.A.). Bei AutorInnen wie Altvater (1991: insbes. 18–21, 34–50), Bluhm (1992) oder Hürtgen (1999) finden sich tiefergehende Überlegungen dazu; Sapir führt an, dass die Regulationstheorie zwar zur Analyse des westlichen Kapitalismus entwickelt wurde: „Jedoch lädt die Fundiertheit dieser Theorie oder vielmehr ihre Methode dazu ein, sie auch für andere Modelle als die westlichen Wirtschaftssysteme zu benutzen“ (1993: 9). So analysiert Vercueil (2019) aus einer regulationstheoretischen Perspektive die ökonomische Entwicklung Russlands von der Oktoberrevolution bis zur vierten Amtszeit von Wladimir Putin. Für Lipietz bezeichnet die sozialökonomische Entwicklung der RES im Unterschied zum „Goldenen Zeitalter“ im westlichen Fordismus ein „Eisernes Modell“ (1991: 88 ff.) oder „Eisernes Zeitalter“ (1998: 126 ff.); Hirsch interpretiert sie als eine „deformierte Variante“ des Fordismus der westlichen Vorbilder (1995: 91).

Ohne explizit aufeinander Bezug zu nehmen, stimmen viele der AutorInnen darin überein, dass die in jenen Jahren diagnostizierte Krise des westlichen Fordismus seine realsozialistische Variante umso schärfer treffen musste: „Eine wesentliche Ursache des Zusammenbruchs kann darin gesehen werden, dass es der staatssozialistischen Machtelite allmählich klar wurde, daß die Expansionspielräume des dort herrschenden ökonomischen Modells definitiv ausgeschöpft waren und es aufgrund der vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht

---

<sup>15</sup> Eine erschließende Debatte über Ähnlichkeiten und Unterschiede kann an dieser Stelle nicht geführt werden. Dazu gehörte sicherlich auch die Frage nach dem Charakter des „Volkseigentums“, die etwa von Haug (1989) im Zusammenhang mit seiner Gorbatschow-Interpretation andiskutiert wurde.

mehr möglich sein würde, der neuen technologischen Restrukturierungsoffensive des Kapitals nach der Krise des Fordismus irgendetwas entgegenzusetzen“ (ebd.). Einem Übergang zu postfordistischen Varianten des Produktionsmodells (vgl. Boyer/Durand 1997), einer stärkeren Nutzung von digitaler Technologie, einer strategischen Dezentralisierung der Organisationsformen oder einer ausdifferenzierten Arbeitsorganisation, die in der Manier von „schlanker Produktion“ auf die Produktionsintelligenz der Beschäftigten, das „Gold in ihren Köpfen“ setzte, kurz gesagt, einem „Escape from [half; d.A.] Fordism“ (Baker/Miller, 1996), standen im RES scheinbar unüberwindbare materielle und ideologische Hürden entgegen. „Die ostdeutsche Wirtschaft befand sich im Wettlauf zwischen Computern und Kollaps.“ (Maier 1997: 73; Übers. d.A.).

Zu einem Zeitpunkt, als im westlichen Fordismus das schiere Größenwachstum als Organisationsprinzip der zentralisierten Großunternehmen seinen Zenit bereits überschritten hatte und eher eine Reduktion von Fertigungs- und Entwicklungstiefe sowie eine breitere Streuung von „Innovationszuständigkeit“ diskutiert wurde, integrierten die Kombinate und wuchsen weiter.

Selbst wenn man wie nachfolgender Betriebsrat (im Jahr 1995) den eigenen Vorwende-Betrieb zu den „DDR-Spitzenbetrieben“ zählte,

*„waren wir im Vergleich zu westlichen Standards natürlich nicht konkurrenzfähig. Man hat sich durchgewurschtelt, durch Handwerkelei. Forschung hat nicht stattgefunden, sie wurde höchstens nachempfunden. Es gab keine Patente. Ein Beispiel: Wir haben Stromrichter hergestellt. Die waren nur im sozialistischen Wirtschaftsraum ‚konkurrenzfähig‘. Weiteres Beispiel: Wir haben Steuerungsanlagen gebaut für Walzwerke und für Zementanlagen. Im Westen gab es dafür bereits die 16-Bit-Technik, wir hatten nur die 8-Bit-Technik. Um auf die gleiche Leistung zu kommen, mussten unsere Ingenieure alles in Maschinensprache programmieren. Das waren absolute Fachleute in Maschinensprache und sie waren auch stolz darauf. Sie haben ihre Maschinen bis in die tiefsten Tiefen verstanden. Aber es war natürlich Steinzeit. (...) Aus heutiger Sicht ist es vollkommen schizophren, dass wir uns in einem Walzwerk sogar um die Weiterentwicklung von Chiptechnologie gekümmert haben, die wir benötigten, aber nicht kaufen konnten.“ (91br)*

Voskamp/Wittke (1991: 21 f.) deuten deshalb die Kombinate als „Modernisierungsblockade“ für die DDR-Wirtschaft, woran auch die Reorganisation der Leitung über die Einführung der Institution des Stammbetriebs mit leitender Funktion für das Gesamtkombinat grundsätzlich nichts änderte, da diese nicht den gewünschten Erfolg zeitigte: „Dass irgendein Effektivitätsgewinn damit verbunden gewesen wäre, wird von Praktikern entschieden bestritten“ (Fritze 1993: 177).

Schließlich verstärkte auch das Problem der mit der Organisationsform verbundenen langen Reaktionszeiten im planwirtschaftlichen, sprich regulativen Kontext die Innovationsschwäche (vgl. Wagener 1996). Durch das Zusammenwirken der einzelnen VEB im Kombinatverbund hoffte man dieses zumindest entschärfen zu können, allerdings erreichte man „nie das Planungsniveau großer marktwirtschaftlicher Unternehmen“ (Schwarz 1991: 12).

Die Krise des Fordismus konnte in seiner (halben) RES-Variante so zu einer ausgewachsenen Systemkrise werden. Zum Verständnis kann hier sogar ein differenzierungstheoretisches Argument weiterhelfen: Aufgrund der fehlenden Ausdifferenzierung etwa zwischen ökonomischer und politischer Ebene schlägt eine Krise direkt auf alle verbundenen gesellschaftlichen Felder zurück – es fehlt so etwas wie eine Brandmauer dazwischen. Wenn die SED also einen gesamtgesellschaftlichen Führungsanspruch formulierte und zentralisierte Entscheidungen traf, setzte sie bewusst auf diese Entdifferenzierung und wurde im Rückschluss auch für ökonomische Probleme verantwortlich gemacht.<sup>16</sup>

Dieser Zusammenhang ist des Öfteren beschrieben worden. Kaum jemand hat die damit einhergehenden Anforderungen an die Akteure so eindrucksvoll veranschaulicht, wie Scherzer (1997) in seinem bereits angesprochenen zeitgenössischen Bericht von 1988 über einen SED-Parteisekretär und dessen Bemühungen, Anregungen und Kritik mit Rechtfertigungen abzugleichen, ökonomische Detailanforderungen mit dem Makro-Plan rückzukoppeln oder auch soziale Sicherungs- mit wirtschaftlichen Produktivitätspostulaten zu vermitteln.

Das ungelöste Planungs- bzw. Regulationsproblem der Zentrale im Rahmen dieses Akkumulationsregimes lag in der selbst gestellten Aufgabe einer Koordinierung der zahllosen Einzelentscheidungen über Produktion und Verbrauch, sowie im Problem der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren (Faktorallokation). Zurückzuführen war dies sowohl auf die mangelnden Informationsverarbeitungskapazitäten der Zentrale als auch auf deren beschränkte Kontrollmöglichkeiten im Blick auf die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Betriebe sowie auf die Einhaltung der Vorgaben. Beides – sowohl die Informationsverarbeitung als auch der Kontrollaspekt – waren nicht nur deutliche Mängel, sondern auch ursprüngliche Beweggründe für die Zentralisierung gewesen. Murray, der zwischen dem Anspruch an ökonomische Planung einerseits und deren zentralistischer Organisation andererseits differenziert, schlussfolgert daher: „Der eigentliche Grund dieses Problems ist der *Grad der Zentralisierung*, nicht die Existenz eines planwirtschaftlichen Systems“ (1990: 116, H.d.V.). Es ist vor allem die fehlende Kompetenz, differenzierte Anweisungen zu geben, die Innovationen, Wirksamkeit, Sparsamkeit und Qualität sicherstellen. Altvater (1991: 39) stellt dazu die Frage: „Wer stattet das gesellschaftliche Steuerungszentrum in einer zentralen Planwirtschaft mit der Intelligenz aus, die es benötigt, um seiner Ordnungsaufgabe gerecht zu werden?“ und problematisiert in diesem Zusammenhang vor allem die mangelhafte antizipative Rückkopplung des Staates mit der Gesellschaft. Diese wiederum war als Lösung zwar ausgegeben, tatsächlich aber eher ritualisiert praktiziert worden.

In der einschlägigen Forschung hat sich für den betrieblichen Vorgang dazu die Kategorie des „Negativ-Poker“ (Fritze 1993) durchgesetzt, der umreißt, wie die Betriebe versuchten, die zentralen Organe von MinisterInnenrat und Plankom-

---

<sup>16</sup> In der Rückwirkung führte dies auch zu einer deutlichen Defensive staatszentrierter Ansätze im kapitalistischen Westen, mit „dem Triumph von repräsentativer Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft in der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus geriet im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts auch ‚der Staat‘ auf die Anklagebank“ (Deppe 2015: 7).

mission zu beeinflussen, um für sich Pläne mit möglichst geringen und wenig risikoreichen Auflagen herauszuholen, denn von deren Erfüllung hingen unter anderem die Jahresendprämien ab.

*„Die Leistungsbereitschaft ist zwar vor der Wende schon vorhanden gewesen, aber im Vergleich zum Heute geringer ausgeprägt. Nach dem Motto: ‚Es wird schon weitergehen, die Planpräzisierung wird folgen.‘ Subjektive Mängel wurden nicht verfolgt und abgestellt, sie wurden stattdessen ‚objektives Problem‘ genannt und konnten zur Reduzierung der Ziele des Plans genutzt werden. Dies ist auch für die Leitung des Betriebes bequemer gewesen.“ (133br)*

Andererseits durfte es auch nicht zu einer deutlichen Übererfüllung kommen, um die Planungsaufgaben in der nächsten Periode nicht zu hoch werden zu lassen. Diese Form der Zwei-Ebenen-Planung mit den „antagonistischen Akteuren“ Zentrale und Betrieb (Maier 1987: Kap. 3) führte zu den risikoarmen, sogenannten „weichen Plänen“, die keine präzisen Auskünfte über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Betriebe gaben und mit Blick auf die Gesamtformation eine Annäherung an einen pareto-optimalen Zustand mitunter deutlich verfehlten: „Im Grunde genommen wurde hier ein Gleichgewicht ausgehandelt, das permanent unter dem ökonomischen Optimum lag“ (Maier 1993: 808).

*Teil II erscheint in Z 135*

## Literatur

- Aderhold, J. 1994. Von der Betriebs- zur Zweckgemeinschaft. Ostdeutsche Arbeits- und Managementkulturen im Transformationsprozeß. Berlin: Edition Sigma.
- Adler, F. 1992. „Zur Rekonstruktion des DDR-Realsozialismus. Strukturmerkmale – Erosion – Zusammenbruch“. S. 36–59 in Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß, herausgegeben von M. Thomas. Berlin: Akademie Verlag.
- Aganbegjan, A. 1989. Ökonomie und Perestroika: Gorbatschows Wirtschaftsstrategien. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Altvater, E. 1991. Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Aglietta, M. 1976. Régulation et crises du capitalisme. L'expérience des États-Unis. Paris.
- Aglietta, M. 1978. Sur quelques aspects des crises dans le capitalisme contemporain. S. 46–72 in L'occident en désarroi, herausgegeben von X. Greffe, J. L. Reiffers. Paris.
- Bahro, R. 1977. Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln: Europäische Verlagsanstalt.
- Bakker, I., R. Miller. 1996. Escape from Fordism: the Emergence of Alternative Forms of State Administration and Output. S. 334–357 in States against markets: the limits of globalization, herausgegeben von R. Boyer, D. Drache. London: Routledge.
- Beyme, K. v. 1994. Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a M: Suhrkamp.
- Bluhm, K. 1992. „Strukturelle und soziale Mitgegebenheiten in der Transformation der ostdeutschen Industrie“. S. 23–40 in Probleme der Einheit. Band 8. Wirtschafts- sowie arbeits- und unternehmensrechtliche Gestaltungsaspekte der Systemtransformation, herausgegeben von D. Ipsen, E. Nickel. Marburg: Metropolis.
- Boyer, R., J.-P. Durand. 1997. After Fordism. London: Macmillan.
- Boyer, R. 1990. The Regulation School. A critical Introduction. New York: Columbia University Press.
- Braverman, H. 1975. Labor and monopoly capital. The degradation of work in the twentieth century.

New York: Monthly Review Press.

- Brie, M. 1996. „Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen“. S. 39–104 in *Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*, herausgegeben von H. Wiesenthal. Frankfurt a M: Campus.
- Brinkmann, U. 2002. *Umbruch von unten? Betriebliche Akteure in der ostdeutschen Transformation*. München/Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Brinkmann, U., M. Laßhof. (2023). Der „halbe Fordismus“ der DDR: Einige regulationstheoretische Überlegungen. In *Sozialismus im 21. Jahrhundert? Gegen die »Politik des Negativen«*, für eine Nachhaltigkeitsrevolution, herausgegeben von F. Deppe, K. Lucht, K. Dörre. Hamburg: VSA-Verlag.
- Brislinger, E., B. Hausstein, E. Riedel. 1998. „Sozialwissenschaftliche Daten aus der DDR und den neuen Bundesländern – 1968 bis 1996“. S. 95–147 in *Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft*. GESIS.
- Brus, W. 1971. *Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft*. Frankfurt a M: Suhrkamp.
- Brus, W., und K. Laski. 1990. *Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem*. Marburg: Metropolis.
- Dahlke, B., M. Langermann. 2000. *Literatur Gesellschaft DDR, Kanonkämpfe und ihre Geschichte(n)*. Stuttgart: Metzler.
- Deppe, F. 2015. *Der Staat*. Köln: PapyRossa.
- Deppe, F. 2021. *Sozialismus - Geburt und Aufschwung - Widersprüche und Niedergang – Perspektiven*. Hamburg: VSA Verlag.
- Deutsche Bundesbank. 1999. *Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975–1989*. Frankfurt a M: Deutsche Bundesbank.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. 1991. „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Zweiter Bericht“. *DIW-Wochenbericht (WB 24-91)*: 323–49.
- Deutschmann, Ch. 2001. „Capitalism as a Religion? An Unorthodox Analysis of Entrepreneurship“. *European Journal of Social Theory* 4(4): 387–403.
- Djilas, M. 1957. *The new Class: An Analysis of the Communist System*. New York: Praeger.
- Edmonds, D., J. Eidinow. 2004. *Bobby Fischer Goes to War*. London: Faber & Faber.
- Ford, H. 1923. *Mein Leben und Werk*. Leipzig: Paul List.
- Fritze, L. 1993. „Kommandowirtschaft: Ein wissenschaftlicher Erlebnisbericht über Machtverhältnisse, Organisationsstrukturen und Funktionsmechanismen im Kombinat“. *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 21(2): 174–204.
- Gorbatschow, M. 1989. *Perestroika. Die zweite russische Revolution*. 2. Aufl. München: Knaur.
- Gottl-Ottlilienfeld, F. v. 1926. *Fordismus. Über Industrie und technische Vernunft* (3. Auflage). Jena: Verlag v. Gustav Fischer.
- Gramsci, A. 1991ff. *Gefängnishefte*. Hamburg: Argument.
- Habermas, J. 1993. *Vergangenheit als Zukunft. Das alte Deutschland im neuen Europa?* München/Zürich: Piper.
- Haenschke, B., Ch.-J. Hartwig, V. Heyse. 1995. „Möglichkeiten der Mitgestaltung der Organisationsentwicklung“. S. 50–72 in *Die Veränderung managen, das Management verändern*, herausgegeben von V. Heyse, H. Metzler. Münster/New York: Waxmann Verlag.
- Haug, W. F. 1989. *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*. Hamburg: Argument.
- Hirsch, J., R. Roth. 1986. *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*. Hamburg: VSA.

- Hirsch, J. 1990. Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg: VSA.
- Hirsch, J. 1995. Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv.
- Hobsbawm, E. 1995. Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien: Carl Hanser Verlag.
- Hofmann, W. 1956. Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion. Berlin: Duncker & Humblot.
- Hounshell, D. A. 1984. From the American system to mass production 1800–1932. The development of manufacturing technology in the United States. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Hughes, J. 1991. Stalin, Siberia and the crisis of the new economic policy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Huinink, J., H. Solga. 1994. „Occupational Opportunities in the GDR: A Privilege of the Older Generations?“ Zeitschrift für Soziologie 23: 237–53.
- Hürtgen, St. 1999. „Läßt sich mit der Fordismus-Analyse die DDR-Gesellschaft erklären? Darstellung und kritische Betrachtung eines theoretischen Konzepts“. S. 302–26 in ...das war doch nicht unsere Alternative. DDR – Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, herausgegeben von B. Gehrke und W. Rüdtenklau. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Joas, H., M. Kohli. 1993. Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Frankfurt a M: Suhrkamp.
- Kaiser, M. 1997. Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker: Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Zeithistorische Studien. Akademie Verlag.
- Kädtler, J., G. Kottwitz. 1994. „Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland: Durch Kooperation zum Gegensatz von Kapital und Arbeit?“ Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management 1(1): 13–38.
- Kilian, W. 2001. Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Berlin: Duncker & Humblot.
- Kisch, E. E. 1995. „Bei Ford in Detroit“. S. 176–91 in Zukunft aus Amerika. Fordismus in der Zwischenkriegszeit, herausgegeben von RWTH Aachen und Bauhaus Dessau. Dessau: Stiftung Bauhaus Dessau.
- Kollmorgen, R. 2007. „Rückkehr der Theorie? Transformation, Postkommunismus und Sozialtheorie“. Berliner Journal für Soziologie (2): 253–61.
- Kollmorgen, R. 2011a. „Transformationstheorie auf neuen Pfaden? Die Entwicklung der theoretisch-konzeptuellen Debatte über die postsozialistischen Umbrüche nach 1998/1999“. Berliner Journal für Soziologie (21): 295–319.
- Kollmorgen, R. 2011b. „Zwischen ‚nachholender Modernisierung‘ und ostdeutschem ‚Avantgardismus‘...“. S. 27–65 in Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, herausgegeben von R. Kollmorgen, F. T. Koch, und H.-L. Dienel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kornai, J. 1980. Economics of Shortage. Amsterdam: North-Holland Publ. Co.
- Kosta, J. 1984. Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus: Probleme u. Alternativen. Köln: Bund-Verlag.
- Lang, R. 1992. „Industrielle Beziehungen: Strukturen und Handlungsmuster in Betrieben vor und nach der Wende in Ostdeutschland“. S. 61–72 in Der Wandel industrieller Beziehungen in Osteuropa, herausgegeben von E. J. Dittrich, M. Haferkemper, G. Schmidt, C. Stojanov. Frankfurt a M/New York: Campus.
- Lange, O. 1964. On the economic theory of socialism. New York: McGraw-Hill.
- Lenin, W. I. 1966. „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“. S. 731–70 in Ausgewählte Werke in drei Bänden. (hier Band II), herausgegeben von W. I. Lenin. Berlin: Dietz.
- Liberman, E. G. 1974. Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus. Ein Versuch über die Stimu-

lierung der gesellschaftlichen Produktion. Frankfurt a M: Suhrkamp.

- Lipietz, A. 1991. „Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts“. *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 19(1): 78–101.
- Lipietz, A. 1998. „Die neuen Beziehungen von Zentrum und Peripherie. Die Beispiele Amerika und Europa im Kontrast“. S. 116–54 in *Nach dem „Goldenen Zeitalter“: Regulation und Transformation kapitalistischer Systeme*, herausgegeben von H.-P. Krebs. Hamburg: Argument.
- Lutz, B. 1995. „Betriebe im realen Sozialismus als Lebensraum und Basisinstitution: Erste Hypothesen und offene Fragen zur Transformationsforschung“. S. 135–58 in *Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland*, herausgegeben von B. Lutz, R. Schmidt. Berlin: Akademie Verlag.
- Maier, Ch. S. 1997. *Dissolution. The crises of communism and the end of East Germany*. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
- Maier, H. 1987. *Innovation oder Stagnation: Bedingungen der Wirtschaftsreform in den sozialistischen Ländern*. Köln: Deutscher Institutsverlag.
- Maier, H. 1993. „Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft in der DDR – Ursachen und Folgen“. *Deutschland Archiv* 26(7 (Juli 1993)): 806–18.
- Mayer, K. U. 1994. „Vereinigung Soziologisch: Die soziale Ordnung der DDR und ihre Folgen“. *Berliner Journal für Soziologie* (3): 307–21.
- Mayer, K. U., H. Solga. 1994. „Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen?“. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46(2): 193–208.
- Meier, A. 1997. „Theorie und Empirie bildungssoziologischer Forschung in und aus der DDR“. S. 443–74 in *Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland*, herausgegeben von H. Bertram. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkle, J. A. 1980. *Management and ideology*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Meuschel, S. 1992. *Legitimation und Herrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*. Frankfurt a M: Suhrkamp.
- Meyer, G. 1991. *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker*. Tübingen: Francke.
- Mises, L. 1932. *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*. 2. A.. Jena: Gustav Fischer.
- Müller, H. 1994. *Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Müller, K. 1995. „Der osteuropäische Wandel und die deutsch-deutsche Transformation. Zum Revisionsbedarf modernisierungstheoretischer Erklärungen.“ S. 1–42 in *Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland*, herausgegeben von B. Lutz, R. Schmidt. Berlin: Akademie Verlag.
- Murray, R. 1990. „Fordismus und sozialistische Entwicklung“. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 20(81): 91–122.
- Pollack, D. 1990. „Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR“. *Zeitschrift für Soziologie* 19: 292–307.
- Reimann, B. 1999. *Franziska Linkerhand*. Berlin: Aufbau.
- Rodriguez-Lores, J. 1995. „Linkes Denken und Fordismus: W.I. Lenin und A. Gramsci“. S. 44–63 in *Zukunft aus Amerika. Fordismus in der Zwischenkriegszeit*, herausgegeben von RWTH Aachen und Bauhaus Dessau. Dessau: Stiftung Bauhaus Dessau.
- Roesler, J. 1994. „Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?“. S. 144–70 in *Sozialgeschichte der DDR*, herausgegeben von H. Kaelble, J. Kocka, H. Zwahr. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Sapir, J. 1993. Die Logik der sowjetischen Ökonomie oder die permanente Kriegswirtschaft. Münster/Hamburg: Lit Verlag.
- Saslawskaja, T. 1989. Die Gorbatschow-Strategie. Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR. Wien: Orac.
- Scheerzger, L. 1997. Der Erste. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag.
- Schittly, D. 2002. Zwischen Regie und Regime. Die Filmpolitik der SED im Spiegel der DEFA-Produktionen. Christoph Links Verlag.
- Schuler-Jung, H. 1978. Ökonomie und Politik in Sowjetrußland 1920–1924. Zum Prozeß der Willensbildung in der KPR (B) in den ersten Jahren der Neuen Ökonomischen Politik. Marburg: VAG.
- Schwarz, R. 1991. „Über Innovationspotentiale und Innovationshemmnisse in der DDR-Wirtschaft“. Wissenschaftszentrum Berlin Discussion Paper (FS IV 91-26).
- Seitz, N. 2000. „Raketen und Goldmedaillen. Der Sport als Wettrüsten mit anderen Mitteln“. Neue Züricher Zeitung, 24.10.2000.
- Sutton, A. C. 1968. Western technology and Soviet economic development 1917–1930 (Bd. 1). Stanford, Calif.: Hoover Institution on War, Revolution and Peace.
- Vercueil, J. 2019. *Economie Politique de la Russie 1918–2018*, Paris: Editions du Seuil.
- Voskamp, U., V. Wittke. 1991. „Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen: Zur Reorganisation von Betrieben und Kombinatn der ehemaligen DDR“. Berliner Journal für Soziologie 1(1):17–38.
- Wagener, H.-J. 1996. „Zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft“. S. 1–32 in *Zur Kritik der deutsch-deutschen Ökonomie. Konzeptionen, Positionen und Methoden wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Ost und West*, herausgegeben von C. Warnke, G. Huber. Marburg: Metropolis.
- Walder, A. G. 1988. *Communist neo-traditionalism: work and authority in Chinese industry*. Berkeley: University of California Press.
- Watts, St. 2005. *The People’s Tycoon. Henry Ford and the American Century*. New York: Alfred Knopf.
- Wiesenthal, H. 1996. *Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*. Frankfurt a M: Campus.
- Windolf, R., U. Brinkmann, D. Kulke. 1999. *Warum blüht der Osten nicht? Zur Transformation der ostdeutschen Betriebe*. Berlin: Edition Sigma.
- Wüpper, Th. 2000. „Mikroelektronik in Ostdeutschland – Jubel und Enttäuschung liegen dicht beisammen“. *Frankfurter Rundschau* (29.04.2000): 9.
- Zapf, W. 1990. „Modernisierung und Modernisierungstheorien“. Wissenschaftszentrum Berlin Discussion Paper (P 90-104).
- Zapf, W. 1991. „Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung“. S. 38–51 in *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*, herausgegeben von B. Giesen, C. Leggewie. Berlin: Rotbuch.
- Zimmermann, H. 1984. „Power distribution and opportunities for participation: aspects of the socio-political system of the GDR“. S. 1–108 in *Policymaking in the German Democratic Republic (German political studies; vol. 5)*, herausgegeben von K. v. Beyme, H. Zimmermann. Aldershot: Gower.